

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 05/2012

14.02.2012

- 01 Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz!
- 02 Schreiben der CSU zur Thematik der Kindererziehung und Betreuung
- 03 -
- 04 Senioren im Bundesfreiwilligendienst (Bufdi)
- 05 Änderungen für Arbeitnehmer und Rentner
- 06 ELStAM: Minister Schäuble antwortet der DSTG
- 07 Höchste Rücklagen in der Rentenversicherung
- 08 Beamte werden trotz Steuerrekords geschröpft
- 09 Wechselkennzeichen: Wer ab 1. Juli wie wechseln darf
- 10 BayernLB verkauft mehr Gold und Silber an Kunden als je zuvor
- 11 Zuckerkonsum so gefährlich wie zu viel Alkohol
- 12 Straßenlaternen
- 13 AVUS wird 90 Jahre

- 01 Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz!

In einem Grundsatzpapier fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), die über ihre 109 Mitgliedsverbände rund 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertritt, Altersgrenzen aufzuheben und die mit ihnen verbundene Altersdiskriminierung zu beenden.

„Altersgrenzen werden der höchst unterschiedlichen Entwicklung von Menschen nicht gerecht und sind in höchstem Maße diskriminierend. Zudem verhindern sie, dass ältere Menschen ihre Kenntnisse und Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen können. Und das können wir uns als alternde Gesellschaft gar nicht leisten“, so die Vorsitzende der BAGSO und frühere Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr.

Auf der Grundlage eines einheitlichen Bezugspunktes für die Rentenberechnung (Regelaltersgrenze) sprechen sich die Seniorenorganisationen für eine Flexibilisierung von Lebensarbeitszeiten auf freiwilliger Basis aus. Flankiert werden muss dies durch die Einführung eines – das gesamte Arbeitsleben begleitenden – Alternsmanagements in Betrieben. Starre Altersgrenzen für bestimmte Berufe stellen eine unverhältnismäßige Einschränkung des Grundrechts auf Berufsausübung dar.

Auch für den Bereich des ehrenamtlichen Engagements spricht sich die BAGSO für ein Umdenken aus. Weiter plädieren die Seniorenorganisationen für einen erweiterten Diskriminierungsschutz im Bereich des Zugangs zu Dienstleistungen. So müssen Banken und Versicherungen zu mehr Transparenz verpflichtet werden, um ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen erkennen und verhindern zu können.

Sie finden das Positionspapier in einer höheren Auflösung unter www.bagso.de sowie unter www.bagso.de/publikationen/positionen.html.

(Quelle: BAGSO)

02 Schreiben der CSU zur Thematik der Kindererziehung und Betreuung

„Sehr geehrte Frau Schäffler-Kroner,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 30. Januar 2012, in dem Sie die Thematik der Kindererziehung und –betreuung ansprechen.

Wir als CSU befürworten natürlich, wenn die Kinder durch die Eltern erzogen werden, die Ihnen Halt geben und Werte vermitteln. Wir stehen aber auch zu dem Prinzip der Wahlfreiheit. Das bedeutet, dass Mütter, die arbeiten wollen, gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorfinden müssen. In Bayern läuft der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten daher auf Hochtouren. In den letzten fünf Jahren stieg die Zahl der Krippen- und Tagespflegeplätze für Kinder unter drei Jahren von 23 000 auf 74 000. Damit hat sich die Betreuungsquote der unter Dreijährigen im Zeitraum zwischen 2006 und 2011 vervierfacht. Der Freistaat Bayern unterstützt die Kommunen dabei finanziell, allein im Jahr 2011 mit über 1 Milliarde Euro.

In der CDU/CSU Fraktion gibt es bei unseren Fachpolitikern eine große Sympathie für die Ausweitung der Anrechnungszeiten. Knackpunkt in dieser Frage ist aber derzeit noch die Finanzierung. Man wird sehen müssen, wie sich die Berechnungen dazu gestalten.

Sehr geehrte Frau Schäffler-Kroner, nochmals herzlichen Dank für Ihre E-Mail. Ihnen alles Gute für die Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen

Janina Kuhn

CHRISTLICH-SOZIALE UNION
POLITIK UND PARTEIARBEIT“

03 BGH-Urteil: Vermieter müssen Heizkosten nach Verbrauch abrechnen

Es ist zwar zulässig vom Mieter Abschlagzahlungen für die Heizkosten zu verlangen, nicht zulässig ist es aber die Summe der Abschlagszahlungen als Heizkostenabrechnung in Rechnung zu stellen. "So müsste ein Mieter, der in einem strengen Winter dort wohnt, unter Umständen nur die Heizkosten für den milden Winter im Jahr zuvor bezahlen - und umgekehrt", sagte der Vorsitzende Richter Wolfgang Ball bei der Urteilsverkündung.

Der Deutsche Mieterbund begrüßt dieses Urteil als richtig und gerecht. Der Verbandssprecher betont: "Der Mieter hat Anspruch auf eine verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung", und fügte hinzu: "Das wiederum bedeutet, der Vermieter muss die Kosten abrechnen, die ihm tatsächlich während der Abrechnungsperiode entstehen."

Bei den Kosten für Wasser und Abwasserentsorgung ist eine Berechnung anhand der Vorauszahlungen hingegen weiter rechts. Dort gebe es keine spezielle Regelung entsprechend der Heizkostenverordnung, erklärte der Vorsitzende Richter.

(Quelle: http://wirtschaft.t-online.de/heizkosten-bundesgerichtshof-verlangt-abrechnung-nach-tatsaechlichem-verbrauch/id_53669096/index)

04 Senioren im Bundesfreiwilligendienst (Bufdi)

Viele Senioren engagieren sich ehrenamtlich. Eine Altersgrenze gibt es bei Bufdi, dem Nachfolger des Zivildienstes, nicht. Und die Arbeit der Freiwilligen wird vergütet.

Insgesamt knapp 27 000 Freiwillige, oft Bufdis genannt, haben bisher einen Vertrag unterschrieben. "Täglich kommen etwa 200 neue hinzu. Rund 20 Prozent der Bufdis sind älter als 27 Jahre, gehören also der neuen Zielgruppe an", sagt Jens Kreuter, der das Programm im Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend betreut.

(Quelle: www.infranken.de/nachrichten/)

05 Änderungen für Arbeitnehmer und Rentner

Einkommensteuererklärung 2011

Der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe (VLH) informiert:

1. Abgabepflicht

Grundsätzlich ist eine Einkommensteuererklärung abzugeben, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte den Grundfreibetrag von 8004 Euro bei Alleinstehenden oder 16 008 Euro bei Verheirateten übersteigt.

2. ELStAM-Start verschoben

Mit dem Jahreswechsel 2011/2012 sollte die bisherige Lohnsteuerkarte durch die elektronische Lohnsteuerkarte (ELStAM) ersetzt werden. Wie die Finanzverwaltung bekannt gegeben hat, wird das neue Verfahren wegen technischer Probleme nun verschoben. Daher müssen die Lohnsteuerkarten aus 2010 - wie schon 2011 - auch für 2012 verwendet werden.

3. Personenversicherungen/Basisversicherungen

Die steuerliche Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungen beziehungsweise sonstige Personenversicherungen waren bereits ab 2010 aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts durch Urteil vom 13. Februar 2008 (Az. 2 BvI 1/06) dadurch verbessert worden, dass nun Beiträge zur gesetzlichen und privaten Basiskrankenversicherung sowie zur gesetzlichen Pflegeversicherung in tatsächlicher Höhe als Sonderausgaben abziehbar sind.

Bei sehr niedrigem Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen (zum Beispiel bei freier Heilfürsorge oder Beamten mit hohem Beihilfesatz) können auch sonstige Personenversicherungen bis zum Höchstbetrag von 1900 Euro bzw. 2800 Euro berücksichtigt werden. Somit können die Bürger höhere Versicherungsbeiträge als bisher unter Sonderausgaben steuerlich absetzen.

4. Höhere Bemessungsgrenzen

Bei der Kranken- und Pflegeversicherung: Die Bemessungsgrenze der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steigt 2012 um 1350 Euro auf 45 500 Euro. Bis zu diesen Jahresbruttolöhnen werden Sozialabgaben berechnet.

Bei der Arbeitslosen- und Rentenversicherung: Die Grenzen für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung betragen weiterhin 57 600 Euro für Beschäftigte in den neuen Bundesländern sowie nunmehr 67 200 Euro anstatt 66 000 Euro wie noch 2011 in den alten Bundesländern. Bis zu diesen Jahresbruttolöhnen werden Sozialabgaben berechnet.

(Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/>)

06 ELStAM: Minister Schäuble antwortet der DSTG

„Ich bedaure es sehr, dass die durch die Verschiebung und die dadurch erforderlichen Übergangsregelungen anfallenden Mehrarbeiten und der Unmut der Steuerpflichtigen zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen und hoffe, dass diese trotzdem ihre engagierte und bürgerfreundliche Arbeit unverändert fortsetzen werden.

Für diesen großen persönlichen Einsatz möchte ich mich ausdrücklich bedanken und bitte Sie, diesen Dank weiterzugeben. Ich hoffe, dass dieser Zustand bald behoben und das ELStAM-Verfahren am Ende zu einer Entlastung aller führen wird.“

(Quelle: DSTG-Magazin 1/2-2012)

07 Höchste Rücklagen in der Rentenversicherung

Wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung sind die Rücklagen der Rentenversicherung im letzten Jahr auf 24,1 Milliarden Euro gestiegen. Das ist der höchste Wert seit den 1970er Jahren(nur im Jahr 1992 waren die Rücklagen noch höher) und 500 Millionen Euro mehr als von der Rentenversicherung prognostiziert.

Die sprudelnden Beitragseinnahmen hatten noch eine andere Folge, dass der Beitragssatz von 19,9% auf 19,6% sank.

Der Gesetzgeber sieht vor, dass, sobald die Reserve 1,5 Monatsausgaben übersteigt, eine Beitragssenkung vorgenommen werden muss.

(Quelle: www.versicherungen-blog.net)

08 Beamte werden trotz Steuerrekords geschröpft

"Während sich die Abgeordneten im Land mit einem Diätenplus von 4,5 Prozent selbst bedienen, verschiebt man die deutlich geringere Besoldungserhöhung für Lehrkräfte um 8 Monate und erhöht die Selbstbeteiligung bei der Beihilfe", schimpft Seebacher, der Geschäftsführer des Verbandes Bildung und Erziehung Südbaden.

Nach einer Pressemitteilung des Finanzministeriums vom November vergangenen Jahres belaufen sich die Mehreinnahmen für Baden-Württemberg im Jahr 2011 auf rund 1 Mrd. EUR. Vordem Hintergrund der aktuell zu erwartenden Nettomehreinnahmen von rund 3,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 fehlt den Landesbediensteten für das Vorhaben der Landesregierung, die Beamtinnen und Beamten zum wiederholten Male an einer Haushaltskonsolidierung zu beteiligen, nicht nur das Verständnis, sondern sorgt zunehmend für Ärger und Verdruss, stellt Seebacher fest: "Egal, ob Steuerrückgänge oder Steuermehreinnahmen - es scheint

VBE Südbaden Meinrad Seebacher Geschäftsführer

(Quelle: <http://www.teachersnews.net/>)

09 Wechselkennzeichen: Wer ab 1. Juli wie wechseln darf

Ab 1. Juli wird das Wechselkennzeichen auch in Deutschland eingeführt. Autofahrer können dann mit nur einem Nummernschild wechselweise mit unterschiedlichen Fahrzeugen am Straßenverkehr teilnehmen.

Wechsel nur innerhalb der Fahrzeugklasse

In Deutschland darf das Wechselkennzeichen vorerst nur für zwei Fahrzeuge zugeteilt werden. Und zwar innerhalb der EU-Fahrzeugklassen M1 (Pkw und Wohnmobil), L (Motorräder) und 01 (Anhänger bis 750 Kilogramm). Ein Wechsel von Pkw zu Motorrad oder umgekehrt ist also nicht möglich. Pro Zulassungsantrag entstehen einmalige Verwaltungsgebühren von rund 65 Euro. Die Kosten für zwei vollständige Nummernschildsätze liegen bei rund 40 Euro.

Wechselkennzeichen: mögliche Kombinationen

Klasse M1 (Pkw / Wohnmobile)	L (Motorräder)	01 (Anhänger)
Pkw - Pkw	Motorrad - Motorrad	Anhänger - Anhänger
Pkw - Wohnmobil	Motorrad - Quad/Trike	
Pkw - Oldtimer	Motorrad - Leichtkraftrad	
Oldtimer - Oldtimer		

Wohnmobil - Wohnmobil

Oldtimer - Wohnmobil

Steuerliche Vergünstigungen sind vorerst noch nicht vorgesehen. Laut ADAC können Autofahrer aber mit Vorteilen bei der Kfz-Versicherung rechnen.

(Quelle: ADAC)

10 BayernLB verkauft mehr Gold und Silber an Kunden als je zuvor

Die BayernLB hat im vergangenen Jahr mehr Gold und Silber an Kunden verkauft als je zuvor. Insgesamt setzte die Bank Barren und Münzen mit einem Gewicht von 350 Tonnen ab. Damit wurde die alte Bestmarke aus dem Jahr 2010 um 75 Tonnen übertroffen. Vor allem Silber verkaufte sich dabei besser. Der Umsatz stieg durch das gewachsene Handelsvolumen und die höheren Preise für Edelmetalle um 16 Prozent auf mehr als 1,5 Milliarden Euro.

(Quelle: Internet-Nachricht vom 03.02.2012)

11 Zuckerkonsum so gefährlich wie zu viel Alkohol

Der Konsum von Zucker weltweit hat sich in den letzten 50 Jahren verdreifacht. Zucker ist nach Meinung von amerikanischen Forschern ebenso gefährlich wie Alkohol und Zigaretten. Der Verzehr von zu großen Mengen Fruchtzucker sei verantwortlich für die drastische Zunahme von Fettleibigkeit und Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes.

Neben Softdrinks befindet sich der Fruchtzucker vor allem in Fertiglernsmitteln, die nicht zwangsläufig als süß wahrgenommen werden. Das erschwert es vielen Verbrauchern, den Konsum richtig einzuschätzen und zu regulieren. Fruktose könne, laut den Forschern, ähnliche Krankheiten verursachen wie Alkohol, darunter Leber- oder Herz- und Kreislaukschäden.

(Quelle: Internet-Nachricht 03.02.2012)

12 Straßenlaternen

Die meisten unserer Straßenlaternen befinden sich auf dem technischen Stand der 60-er Jahre. Mit modernen Leuchten könnten die Kommunen pro Jahr bis zu 400 000 000 (400 Millionen) Stromkosten sparen.

(Quelle: Bundesministerium für Forschung)

13 AVUS wird 90 Jahre

Sie war eine der ersten Autobahnen der Welt und bis 1998 eine Rennstrecke. Auf dem Rundkurs wurden Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 400 Stundenkilometern möglich. Bei der Wiedereröffnung 1951 kamen rund 350 000 Zuschauer. Die 8,7 Kilometer lange Strecke ist heute ein Teilstück der A115.

(Quelle: ADAC)